

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-10-62/20

Aktenzeichen:

Amt: Ordnung, Soziales, Personal,
Organisation
Datum: 22.01.2020
Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

☒

nicht öffentl. Sitzung

Betreff: Verbindliche Einbeziehungen Kinder und Jugendlicher in die Beschlussfassungen und Entscheidungen der SVV Brück in der Realität (Antrag SPD-Fraktion)

Kurzinfo zum Beschluss

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €Finanzierung € Objektbezogene €
Eigenanteil: Einnahmen: Haushaltsbelastung: €Veranschlagung: **Nein** mit €Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AFSV	1						
SVV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der SVV

Beschluss-Nr.: Br-10-62/20

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung Brück beauftragt die Amtsverwaltung mit der Erarbeitung eines Vorschlags zur verbindlichen Beteiligung Kinder und Jugendlicher an den sie betreffenden Gremiendiskussionen und Beschlussvorlagen der Brücker Stadtverordnetenversammlung. Insbesondere sollen die Ausgestaltung, Form und weitere Formalitäten unter Nutzung vorhandener Netzwerke, bspw. mit Einbeziehung der Jugendkoordinatorin des Amtes Brück, geklärt werden. Eine entsprechende Beschlussvorlage der Amtsverwaltung ist den Stadtverordneten noch vor der Sommerpause 2020 vorzulegen.

Unterschrift / Datum:

 Vorsitzender der SVV
Begründung

Die SVV Brück hat in der letzten Wahlperiode die rechtlich gebotene Beteiligung von Jugendlichen in der Kommunalpolitik in Form der Bildung eines Kinder- und Jugendbeirates beschlossen.

Um diese in der Realität, bspw. bei den Planungen zur Errichtung des multifunktionalen Erweiterungsbaus oder Gestaltungen des Bildungs- und Betreuungszentrums der Stadt Brück, besser politisch und vor allen Dingen in verbindlicher Form einbeziehen zu können, muss schnellstmöglich die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendbeteiligung zwischen der Brücker Amtsverwaltung und den kommunalen Brücker Volksvertretern in der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt werden.

Deshalb sind durch die Brücker Amtsverwaltung entsprechende Vorschläge zu erarbeiten, mit den Stadtverordneten zu diskutieren und ggf. weitere Beschlüsse zu fassen.

Ziel muss es unter anderem sein, die Ausstattung des multifunktionalen Erweiterungsbaus, geplante Umfeldgestaltungen am Brücker Bildungs- und Betreuungszentrum und Neugestaltungen der Sportstätten mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen ausreichend abzustimmen.

Darüber hinaus soll die Beteiligung auch auf die Bereiche der sicheren Erreichung der Schulen und Kitas in der Stadt sowie den weiteren Betreuungseinrichtungen in Brück und den Gemeinde- sowie Ortsteilen erweitert werden.